

Verantwortung übernehmen – Sicherheit neu denken

Mit zivilen Instrumenten eine nachhaltig wirksame Sicherheitspolitik gestalten

Deutschland und Europa sollen und wollen mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen. Unsere Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer versteht darunter die Ausweitung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – die gleichzeitig auch der Durchsetzung deutscher Interessen dienen sollen.

Dabei zeigen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Wirksamkeit von Militäreinsätzen im Ausland zur Erreichung politischer Ziele sehr gering ist.

So kommt die bislang umfassendste Untersuchung zur Effektivität militärischer Interventionen der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder als politischem Instrument im Zeitraum 1945 bis 2003 zu dem Schluss: „Gegen die historisch vielfach zu beobachtende starke Zuversicht nicht nur militärischer, sondern auch politischer Entscheidungsträger in die Erfolgsaussichten militärischer Gewalt sprechen die Ergebnisse jener Untersuchungen, die eine große Zahl von Militäreinsätzen in den Blick nehmen und sie statistisch auswerten.“¹ Zum gleichen Schluss kommt auch Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.²

Weiter heißt es dort: „Territorien lassen sich verteidigen oder erobern, Regime stürzen, aber politische Ziele nur schwer mit militärischer Gewalt erzwingen, besonders dann, wenn der Einsatz sich gegen nichtstaatliche Akteure richtet.“³ „Gegenüber nichtstaatlichen Akteuren in Gestalt von Guerillabewegungen haben externe militärische Einsätze eine recht geringe Erfolgsaussicht“ bestätigt eine weitere Studie.⁴ „Nicht Demokratie, vielmehr eher Bürgerkrieg und Chaos folgen nach dem Sturz eines fremden Herrschers“ – diese in Afghanistan, Libyen und dem Irak sehr anschauliche Tatsache ist ebenfalls wissenschaftlich belegt.⁵

¹ Rudolf, Peter: Sind Militäreinsätze erfolgreich? Zur Evaluation von Militäreinsätzen. Friedenstheologisches Lesebuch, Kirchenamt der EKD (Hrsg.), S.247 mit Verweis auf Sullivan, Patricia L. / Koch, Michael T. (2009): Military Intervention by Powerful States, 1945–2003, in: Journal of Peace Research 46, S. 707–718.

² „Schließlich ist der Einschätzung zuzustimmen, Kriege seien ‚stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet und das Potential militärischer Interventionen werde ‚chronisch überschätzt‘. Sowohl kultur-anthropologisch als auch militärhistorisch finden sich zahlreiche Beispiele, die diese Thesen belegen.“ – Vortrag beim Studientag der Evangelischen Landeskirche in Baden am 28.04.2018, https://www.ekiba.de/html/content/veroeffentlichung_2018.html

³ dito wie Fußnotwe 1

⁴ Yall, Jason / Wilson, Isaiah (2009): Rage against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars, in: International Organization 63, S. 67–106

⁵ Downes, Alexander B. / Monten, Jonathan (2013): Forced to Be Free? Why Foreign-Imposed Regime Change Rarely Leads to Democratization, in: International Security 37, S. 90–131.

Auch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat festgestellt, dass Gewaltkonflikte durch Interventionen häufig mehr Opfer fordern, länger dauern und schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen sind.⁶

Im Dezember 2019 von der Washington Post veröffentlichte Untersuchungsberichte des US-Militärs belegen beispielhaft eine erschreckende Ahnungs- und Wirkungslosigkeit des US-Militärs in Afghanistan⁷:

Laut einem anonymen Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates ist es „nicht möglich, Fortschritte in Afghanistan zu messen - die Messzahlen sind immer manipuliert worden.“ Sonder-Generalinspektor Sopko, der den Bericht verfasst hat, gesteht: „Das amerikanische Volk ist fortlaufend über den Verlauf des Krieges angelogen worden.“

Der unter den US-Präsidenten George W. Bush und Obama für die Afghanistan-Strategie verantwortliche Dreisterne-General Lute kommt zu dem Schluss „Wir wussten nicht, was wir tun“. Michael Flynn schließlich, Trumps erster Nationaler Sicherheitsberater, General der US-Armee im Ruhestand, der mehrfach auch selbst in Afghanistan diente, sagt aus: "Wir hatten keine Ahnung was wir in Afghanistan taten. Wenn die amerikanische Öffentlichkeit geahnt hätte, wie groß das Ausmaß der Ahnungslosigkeit war...".

So ist es nicht verwunderlich, dass selbst die konservative Tageszeitung Die Welt am 6.10.2019 in einem Kommentar zu dem Schluss kommt: „Käßmann hatte Recht, was Afghanistan anbelangt.“⁸

Insbesondere die Vermischung eigener wirtschaftlicher Ziele mit militärischen Auslandseinsätzen führt zur Verstetigung oder gar Eskalation der Konflikte, die man angeblich lösen möchte. Militärische Akteure in einem Auslandskonflikt mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verlieren schnell ihre politische Glaubwürdigkeit. So war und ist die erfolgreiche Rolle Deutschlands als Vermittler im Friedensprozess für Libyen gerade erst dadurch möglich, dass Deutschland dort nicht militärisch aktiv ist.

Fortsetzung S. 5 ►

⁶ SIPRI (2016): Yearbook 2016. Stockholm: Oxford University Press, S. 118.

⁷ Tagesschau.de vom 10.12.2019: "Bin Laden würde in seinem Grab lachen", <https://www.tagesschau.de/ausland/usa-afghanistan-krieg-101.html> (gegriffen am 24.01.2020 um 09:52)

⁸ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article201475750/Afghanistan-Nichts-ist-gut-Kaessmann-hatte-recht.html>, gegriffen am 24.01.2020 um 09:58 Uhr

► Fortsetzung von Seite 4:

Sicherheits-Verantwortung neu denken

Das Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ der Evangelischen Landeskirche in Baden⁹ lädt dazu ein, eine Zukunft zu denken, in der wir pro Jahr 80 Mrd. Euro in die zivile Krisenprävention und eine starke UNO und OSZE anstatt in weitgehend wirkungslose Militärinterventionen investieren.

Eine konsequente Weiterentwicklung erprobter Instrumente ziviler Krisenprävention – wie sie u.a. im Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2014 beschrieben sind, eröffnet die Möglichkeit einer aktiven gewaltfreien Sicherheitspolitik. So könnte dem Szenario zufolge die OSZE zur handlungsfähigen polizeil-



Grundlage des Szenarios ist der Ausbau bereits erprobter und realisierter Instrumente ziviler Krisenprävention sowie sozial und ökologisch gerechtes Wirtschaften, die Förderung nachhaltiger Entwicklung im Nahen Osten und Afrika sowie eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Das Szenario stützt sich auch auf wissenschaftliche Studien wie die der US-Amerikanerinnen E. Chenoweth und M. J. Stephan, die anhand 460 untersuchter bewaffneter und unbewaffneter Konflikte im Zeitraum von 1900 bis 2015 nachweisen, dass und warum gewaltfreier Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie gewaltsame Aktionen.¹⁰

⁹ siehe https://www.ekiba.de/html/content/download_bestellen_bersetzungen.html

¹⁰ Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York, NY – dt. Zusammenfassung auf <http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=86547> sowie Chenoweth, Erica, Stephan, Maria, How the world is proving Martin Luther King right about nonviolence, Washington Post vom 18. Januar 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/01/18/how-the-world-is-proving-mlk-right-about-nonviolence/>, ge-griffen am 24.01.2020 um 10:37 Uhr

chen Sicherheitsorganisation in Europa ausgebaut werden. Die Bundeswehr könnte bis zum Jahr 2040 in ein Internationales Technisches Hilfswerk transformiert werden. Statt 200.000 Bundeswehr-Soldat*innen könnte Deutschland dann als Beitrag zu einer zukunftsfähigen und dauerhaft wirksamen europäischen Sicherheitspolitik u.a. 50.000 zivile Friedensfachkräfte ausbilden und im weltweiten Einsatz finanzieren.

Es gilt, die aktuelle Tendenz zur weltweiten militärischen Aufrüstung mittelfristig zu stoppen und durch eine intelligente, zukunftsfähige zivile Sicherheitspolitik zu ersetzen. Für einen solchen mittel- bis langfristigen Paradigmenwechsel setzt sich die Initiative „Sicherheit neu denken“ ein, in deren bundesweitem Koordinierungskreis aktuell 14 Organisationen eine entsprechende zivilgesellschaftlich-kirchliche Bildungskampagne gestartet haben.

Unsere Initiative ist eingeladen, nach der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz unser Konzept dem stellvertretenden Vorsitzenden der MSC, Botschafter Boris Ruge, in Berlin vorzustellen.

Weitere Informationen siehe www.sicherheitneudenken.de

Ralf Becker, Koordinator der Initiative „Sicherheit neu denken“